

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 2-spaltige Zeile 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2045. Expeditor: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 134

Sonntag, den 10. Juni 1922

13. Jahrgang

Die Regierungskrise in Polen.

Polen ist seit seinem Wiedererstehen aus Regierungskrisen nicht herausgekommen. Während seine ersten Regierungen einen stark sozialistischen und demokratischen Einschlag hatten, haben in letzter Zeit die reaktionären Parteien, die im Sejm auch fast die Hälfte der Stimmkraft erzielten, das Regierungsgeschäft immer fester in die Hand genommen. An der Spitze der polnischen Republik aber steht als Staatsoberhaupt der ehemalige Sozialdemokrat Pilsudski, der diese reaktionäre Politik nicht immer mitmachen will. So hatte er schon vor einigen Monaten einen Konflikt mit der Sejm-Mehrheit, da er gegen die von den Rechtsparteien erzielte Annexion des litauischen Wilnagebietes war.

Ueber die Ursachen der neuen Regierungskrise sind die widersprechendsten Nachrichten in die Welt gegangen, so daß es schwer ist, sich über die Gründe für den Rücktritt Pilsudskis ein klares Bild zu machen. Soviel ist allerdings klar ersichtlich, daß der Rücktritt des Kabinetts Pilsudskis durch den Staatsoberhaupten erzwungen wurde. Darüber sind die Rechtsparteien höchst aufgebracht. Nur die Sozialisten, die Piastowen (Bauernpartei) und die „Wyzwolenie“-Gruppe rechtfertigen das Vorgehen Pilsudskis, während die übrigen Parteien es verurteilen; letztere betrachten die Ausschaltung des Parlaments bei der Demission der Regierung als gegen die konstitutionellen Grundsätze verstoßend. Jedenfalls muß man von einer Erweiterung der Krise sprechen, die Pilsudskis eigene Stellung mit einbegreift. Während die zentralistischen Parteien Pilsudski unterstützen, um eine Regierung zu bilden, welche die bevorstehenden Wahlen in einer ihnen erwünschten Weise vorbereiten würde, nehmen die Rechtsparteien die Herausforderung an und beabsichtigen mit noch nicht dagewesener Schärfe gegen das nach ihrer Meinung persönliche Regiment des Staatsoberhauptes vorzugehen. Während die pilsudskifreundliche Presse erklärt, „der Staatsoberhaupt habe die schlafende unfähige Regierung fortgeschickt und das Vaterland gerettet“, schreibt die „Niezpodległa“ Pilsudski trete die konstitutionelle Ordnung mit Füßen und führe eine persönliche Willkürherrschaft ein, als sei Polen seine Satrapie.

Da die Pilsudski feindlichen Parteien im Sejm die Mehrheit haben, könnte es leicht zu einer Brückierung des Staatsoberhauptes kommen. Das hat wohl in letzter Minute den zurückgetretenen Pilsudski veranlaßt, eine Kompromißformel zu suchen. Der Auktionsausschuß des Sejms erhielt in seiner gestrigen Sitzung, die sich mit den Gründen der Regierungskrise beschäftigte, auch ein Schreiben Pilsudskis, in dem er seinerseits als Grundlage des Konfliktes angibt, daß der Staatsoberhaupt die allgemeinen Wünsche der Staatsmaschine, die ungenügende Anpassung der Zivilbehörden an die Militärbehörden und die unbestimmte staatsrechtliche Lage der obersten Militärstellen gerügt hat. Anscheinend wünscht Pilsudski selbst keine Blamage Pilsudskis durch ein Vertrauensvotum des Sejms an die abgetretene Regierung, wie es von einigen Gruppen geplant wird, so daß eine Kompromißlösung immer noch möglich erscheint.

In welcher schamlos reaktionärer Weise die Rechtsparteien im Sejm ihre Macht ausüben, haben die Beratungen über das neue Wahlgesetz gezeigt, durch welches man die arderen Nationalitäten und die Sozialisten aus dem Parlament möglichst verdrängen will. Die reaktionäre Clique fürchtet das Volksgewicht, welches die Wähler über sie halten werden. Deshalb wollen sie das Wahlrecht so zusetzen, daß ihre Mandate auf immerwährende Zeiten verankert bleiben. Nicht genug an dem, daß die Wahlkreise zugeschnitten wurden, daß jede Opposition in dem reaktionären Meer ertrinkt wird, geht man noch daran, das Wahlrecht zu verkleinern. Die sozialistische Partei hat in allen größeren Industrieregionen zu Massendemonstrationen gegen den Wahlrechtsraub aufgerufen. Im nachfolgenden bringen wir die derzeit im Sejm vorherrschenden reaktionärsten Parteien mit ihrer derzeitigen Stärke:

1. Vereinigung der Konservativen zur Bearbeitung der Staatsverfassung, zum großen Teile ostgalizische Großgrundbesitzer und Geistliche. 14 Sitze. 2. Polnisch-katholische Volkspartei, Klerus und Bauern aus Westgalizien. 8 Sitze. 3. Polnisch-nationale Verband, Großgrundbesitzer Westpolens und Klerus, auch Industrielle umfassend — Führer: Expräsident Paderewski, Sejmarschall Trompowski, Senda (ehemaliger Statthalter von Polen und Pommerellen) und vor allem aber Vater Rutkowski — 75 Sitze. 4. Christlich-

rationale Arbeitspartei, meist „Chabeco“ genannt, tritt im Sejm offiziell als „Christlich-ökonomischer Arbeiterklub“ auf, ist antikapitalistisch, aber im so mehr konservativ und fanatisch gesinnt, meist Westpolen und Galizianer, d. h. „Kleinpolen“ — Führer Vater Adamski (Posener Großkapitalist) — verfügt über 28 Sitze. 5. Nationale Christliche Volkspartei des ehemaligen Innenministers Dubanowicz, die sich selber mit dem Sammelnamen „Centrum Narodowe“, d. h. etwa „Nationale Zentrum“ bezeichnet, verfügt über 58 Sitze. 6. Polnisch-nationale Vereinigung, unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Stuski und des ehemaligen Statthalters der Westmarken, Tracinski, verfügt über 52 Sitze. 7. Bürgerliche Vereinigung, die sich offiziell auch „National-fortschrittliche Partei“ nennen läßt, vertritt die Interessen der polnischen Kleinbürger, Handwerker und Krämer, ist in Warschau und Umgebung beim Mittelstande sehr populär und verfügt über 18 Sitze.

Diese Rechtsparteien bilden in allen Fragen, wo es gilt, gegen die Arbeiterrechte und wählischen Minderheiten zu kämpfen und die reaktionären Parteien zu bevorzugen, eine Einheitsfront. Einige dieser Parteien zeichnen sich noch besonders in der Deutschen- und Judenpresse aus. Bezeichnend ist es auch, daß die Vertreter dieser reaktionären Parteien die verbissendsten Feinde der Bestrebungen des Klassenbewußten Proletariats sind.

Tief bedauerlich ist, daß es in Polen noch so viel indifferente Arbeiter gibt, die bei Wahlen solchen Fäulnissen ihre Stimmen geben.

Das Anleihekomitee vertagt sich.

Das Anleihekomitee ist in seiner gestrigen Nachmittagssitzung zu dem Beschlusse gelangt, daß im Augenblicke „angeichts der gegenwärtigen Lage der Dinge, keine Entscheidung über die Ausgabe einer internationalen Anleihe getroffen werden kann, die dazu bestimmt ist, einen Teil der deutschen Wiedergutmachungszahlungen zu decken. Infolgedessen hat das Anleihekomitee beschlossen, sich auf drei Monate zu vertagen und dann seine Beratungen wieder aufzunehmen.“

Das französische bürgerlich-demokratische Blatt „Ouvrre“ schreibt zu dem negativen Ergebnis der Bankier-Verhandlungen: Leider werde der Bericht des Ausschusses negativ sein. Im Laufe der gestrigen Beratungen seien die gegensätzlichen Meinungen heftig aufeinandergestoßen. Einerseits habe der englische Delegierte Kinderley und der holländische Delegierte Wiffering darauf bestanden, daß trotz dem Widerstande Frankreichs ein Plan für die Tilgungsmachung für die deutschen Schulden aufgestellt werde; andererseits sei Morgaan im Einvernehmen mit dem deutschen Vertreter Bergmann dabei geblieben, daß die politische Uneinigkeit der Gläubigermächte jede finanzielle Arbeit nutzlos mache. Dies sei der Standpunkt des amerikanischen Delegierten, der die Oberhand behalten habe. Jeder Plan einer Anleihe, ob groß oder klein, sei also ausgeschlossen. Der „Bericht“ der Bankiers werde nicht besagen, daß die deutsche Schuld flüssig zu machen sei. Er werde nur auseinandersetzen, was unter den gegenwärtigen Umständen diese umfassende internationale Kreditoperation unmöglich mache.

Weiteres Steigen der Indeziffer.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat sich im Monat Mai weiter fortgesetzt, wenn auch nicht in gleich scharfem Maße wie in den Vormonaten. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Indeziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Mai auf 3462 gestiegen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 9 v. H. Bekanntlich sind in den Berechnungsvorschriften für die Indeziffer seit April einige Änderungen eingetreten, würde man die Indeziffer für Monat Mai noch nach der alten Methode berechnen, so ergäbe sie 3048, mithin gegenüber dem Vormonat (2804) eine Steigerung um ebenfalls rund 9 v. H. (8,7). Vom März auf April betrug die Steigerung 20,3 v. H.

Die Ernährungskosten zeigen im Monat Mai eine geringere Steigerung als die Gesamtausgaben, und zwar um 7,4 v. H. Die Reichsindeziffer für die Ernährungskosten beträgt im Durchschnitt des Monats Mai 4680.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben fast sämtliche in die Erhebung einbezogenen Lebensbedürfnisse beigetragen. Wesentliche Preiserhöhungen zeigten wiederum Brot, Nahrungsmittel, Fleisch, Zucker und Fett, von denen ausländisches Schweinefleisch nur vorübergehend im Preise fiel, später aber wieder anzog. Kartoffeln, Spinat und Schellfisch sind, wenn auch nicht überall, etwas billiger geworden. Brennstoffe, besonders Kohlen und Briketts, sind weiter stark im Preise gestiegen, auch die Preise für Gas und elektrischen Strom sind fast überall heraufgesetzt worden. Dagegen erscheint die Wohnungsmiete nur vereinzelt höher als im Vormonat.

„Nie wieder Krieg“ 1922.

Der Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg“ geht uns folgender Aufruf zu:

Wir rufen auch in diesem Jahre, für Sonntag, den 30. Juli, vormittags, zu „Nie wieder Krieg“-Demonstrationen auf. Nicht allein der starke Erfolg des Vorjahres bewegt uns dazu, nein, große Massenkundgebungen gegen Krieg- und Kriegsursachen sind auch heute noch ebenso aktuell, ebenso dringend notwendig, wie 1920 und 1921. Die Genauer Konferenz endete mit einem großen Fragezeichen; haben und brühen lassen die Kriegshexen neuen Mut. Der geschlossene Friedenswille der Massen muß dem entgegengestellt werden, wenn nicht allmählich wieder jene latente Krisenstimmung entstehen soll, die die gefährlichste Vorbereiterin der schrecklichen Katastrophe ist.

Die „Nie wieder Krieg“-Demonstrationen sollen, wie bisher, nicht die Angelegenheit eines Parteiprogramms sein, sondern Menschheitsfrage. In diesem Jahre werden sich zum ersten Male befreundete Organisationen des Auslandes in großer Zahl an den Kundgebungen beteiligen. Der internationale Charakter der Demonstrationen ist bereits jetzt gewährleistet.

In Oesterreich steht der Vorsitzende der Liga für Völkerbund an der Spitze der Bewegung; es werden öffentliche Versammlungen und sogar Schulfeiern veranstaltet werden. Dieselben Vorbereitungen werden aus der Tschecho-Slowakei, Ungarn, der Schweiz, den Niederlanden, Skandinavien, Portugal und den Vereinigten Staaten gemeldet. In Frankreich wird von allen pazifistischen Kreisen und Parteien fieberhaft gearbeitet, um den öffentlichen Kundgebungen eine große Resonanz zu verleihen. In England wurde ein Appell zur Teilnahme an der Aktion von hervorragenden Persönlichkeiten des politischen, kulturellen und kirchlichen Lebens unterzeichnet.

Die „Nie wieder Krieg“-Demonstrationen sollen den Abscheu der Massen vor dem Wahnsinn des Krieges bekunden und der ganzen Welt Zeugnis ablegen, daß die Völker in ihrer Mehrheit mit den militaristischen Idealen gebrochen haben und in jedem Krieg einen ungeheuren Menschenfrevler erblicken.

Ihr alle, die ihr die Notwendigkeit dieser Einstellungs-erkenntnis habt, seid aufgefordert, gemeinsam mit uns den diesjährigen Demonstrationen zum Siege zu verhelfen. In Stadt und Land müssen die Vorbereitungen auf der Basis der Verbände, die sich im Vorjahre beteiligten, sofort eingeleitet werden. Niemand darf fehlen!

1919 waren wir noch allein. 1920 standen die Freunde aus zwei, drei Ländern hinter uns. In diesem Jahre folgt unserer Parole die ganze zum Frieden, zum Kampf gegen jeden Krieg und jede Kriegsursache mutvoll bereite Welt!

Friedensfreunde, Kriegsgegner aller Richtungen, haltet euch bereit!

Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg“.

Bayerischer Partikularismus.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, hat die bayerische Volkspartei im Landtage einen Antrag eingebracht, die Regierung soll mit allen Mitteln darauf dringen, daß der Münchener Zentralstelle für das bayerische Netz der Reichsbahn wieder die uneingeschränkte Verwaltung des Tarifwesens des bayerischen Netzes im Rahmen der einheitlichen Reichsbahnartef und des Ausschusses des Reichsverkehrsministers überlassen und der Übertragung dieser Zuständigkeiten an die Eisenbahndirektion Berlin sofort Einhalt geboten wird. Die Regierung soll auch die weitere Entwicklung der Tarife der Reichseisenbahn bereits aufmerksam verfolgen und dafür Sorge tragen, daß den Bedürfnissen Bayerns Rechnung getragen wird.

Wie's zur Parteilspaltung kam!

Die Spartakusabteilung der 'rotten' Partei.

Kautsky erwähnt in seiner 'Dennunfaltung'... Verhältnis zur U.S.P. ... die 'rotten' Partei...

Ursprünglich sollte die 'rotten' Partei nicht der Gründung einer neuen Partei... sondern nur dem festeren Zusammenschluß der Opposition dienen.

Ich war nicht sehr begeistert davon, daß man die größten Anstrengungen gemacht hatte, die Spartakisten zu dieser Tagung heranzuziehen...

Schon in Gotha selbst empfand ich ihren Einfluß auf unsere Beschlüsse sehr unangenehm. Die Konferenz war einberufen worden als eine der Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei.

Vergeblich sprachen Eisner, Bernstein und ich gegen diesen Vorschlag, der die offene Spaltung mit ihren verhängnisvollen Konsequenzen bedeutete.

Nachdem es so den Kommunisten gelungen war, die einst auf ihre unerschütterliche Einigkeit so stolze Sozialdemokratische Partei zu zerschlagen...

Unsere Partei bot damals einen grotesken Anblick, wie vielleicht noch keine andere Partei in der Weltgeschichte. Ihr rechter Flügel stand in der Regierung und ihr linker arbeitete am Umsturz derselben Regierung.

Die verhängnisvolle Schwäche gegenüber den Kommunisten blieb das ungeliebte Erbe der neuen Partei. Sie führte zu ihrem Austritt aus dem Zentralkomitee...

'rotten' ist. Die abendliche Spaltung auf dem Parteitag in Halle wurde dadurch nicht aufgehoben.

Die im deutschen Reich durchgeführten Reparationen

Das Pariser Abkommen vom 18. März 1919...

Das Pariser Abkommen vom 18. März 1919... Reparationen... 100 Milliarden... 15 000 Mann...

Das ist einer der Gründe, warum 'Eure Tochter stumm ist'... ich will sagen, daß der Norden in Ruinen liegt...

Das Choleraepidemie in Sowjetrußland.

Die Choleraepidemie nimmt in Sowjetrußland von Tag zu Tag zu. Das Gesundheitskommissariat hat neuerdings wieder folgende Gebiete für Choleraepidemie erklärt...

Das Präsidium des Moskauer Sowjets hat unter solchen Umständen Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Choleraepidemie ergriffen. In erster Linie sollen die Wasserleitungen...

Berner sollen alle Eisenbahnbauten in Stadt und Gouvernement Moskau beschleunigt werden. Alle größeren Stationen sollen wieder wie in früherer Zeit, unentgeltlich beheizt werden...

Die Politik der Reichsregierung.

Anlässlich ihres Besuches bei der württembergischen Staatsregierung sprachen Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Rathenau vor einem großen Kreis geladener Gäste...

Reichsminister Rathenau führte aus, man sei einen Schritt vorwärts gekommen auf dem Wege zur wirtschaftlichen Vernunft. Der Anfang war die Anerkennung, daß nicht Gold unser Zahlungsmittel sein könne...

Das Anleihekomitee habe die Frage, ob Deutschland die 192 Goldmillarden des Londoner Zahlungsplanes anbringen könne, mit einem glatten Nein beantwortet.

Belagerungsanstand in Beuthen.

Der Kreisinspektor hat den Belagerungsanstand über Beuthen-Stadt und Land verhängt.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart.)

„Du liebst mich also nicht? War nicht? ... Laß mich doch nicht betteln, Lothar!“

Hermann schaute sich für seine Schwester und empörte sich über sie. Warum demütigte sie sich so? Und was für denn toll, daß sie sich hier so bloßstellte?

Er mußte das zwischenbetreten.

„Ich kann nicht anders, Thea,“ sagte Lothar. Seine Stimme klang ernst und verhalten, aber nicht hart.

„Du liebst?“

„Ja.“

„Wen?“

Er zögerte.

„Ich weiß.“ Ihre Stimme steigerte sich fast bis zum Schreien. Fräulein liebt du. Ihr sah ich es längst an.

„Aber du — kannst du sie wirklich lieben? Ich glaub, es nicht.“

„Ich schwöre es dir. Du siehst nun —“

Sie antwortete nicht mehr, sondern lief von ihm weg bis zu der kleinen dunklen Kapelle, die zwischen den Strebe-pfeilern eingebaut war.

Er stand auf. Aber er ging nicht zu ihr. Er blieb an dem Tisch stehen, der auf samtener Decke die Bibel trug.

Toten hervorsteigen lassen — Tod und Auferstehung — Aber nichts geschah, nichts. Die Gewölbe standen fest und waren hin und wieder den Ton von Menschenstimmen zurück.

Drüben an der kleinen Kapelle stand Lothar noch immer bei Thea und sprach auf sie ein, tröstend, beruhigend.

In diesem Augenblick legte sich eine Hand auf Hermanns Schulter. Er fuhr herum.

Fräulein stand vor ihm. Sie strahlte und lachte. „Hier treffe ich Sie also doch?“ Sie sah in sein durchwühltes Gesicht. „Was ist Ihnen?“

Sie folgte seinen Blicken und erblachte. Lothar war da, und Thea war bei ihm. Und nun... nun... freischelte er sie ärschlich, und sie sah seinen Kopf sich zu ihr neigen.

„Was ist das? träume ich?“ Der Spul der alten Kirche, die Träume und Phantasien, die in den alten Hallen Heimat hatten, verwirrten sie wohl. Sie sagte Hermanns Hand. Dort — dort!

„Kommen Sie,“ sagte sie endlich. Mechanisch folgte er ihr.

Lothar drehte sich um und sah die beiden. Sofort ließ er Thea und ging auf sie zu.

Fräulein griff an Hermanns Hand und zog ihn mit sich. „Kommen Sie,“ sagte sie leise und eindringlich.

Nun stand Lothar hinter ihr. „Wollen Sie fort, Fräulein?“ Wie glücklich sein Gesicht ist — durchfuhr es Hermann — wie glücklich.

Fräulein drehte sich um. „Ja. Ich will,“ sagte sie hart. „Ich will Sie nicht mehr sehen. Nein, ich will nicht.“

Zwei Besucher, die sich von dem großen Trupp getrennt und die alte, verfallene astronomische Uhr betrachteten hatten, blieben stehen.

Fräulein hastete zur Türe. Noch einmal hielt Lothar sie an. „Verstehe ich Sie recht? Sie wollen nicht —“

„Nein,“ sagte sie, „bleiben Sie nur.“ Sie hatte vollen Willen — bei Thea. Aber sie hatte es nicht herausbringen können. Und als sie Tränen in den Augen spürte, lief sie hinaus. Hermann folgte ihr.

Einen Augenblick blieb Lothar Franzius allein stehen. Er blickte zu Thea hinüber, die noch an der Kapelle stand. Er sah nach der Uhr. In einer halben Stunde fuhr der Mittagzug zurück, mit dem er morgen hatte fahren wollen.

Nun fuhr er heute. Es war gut so. Er hatte hier nichts mehr zu tun. Er ging um die Kirche herum bis zur Brotbäckergasse und rief eine vorüberfahrende Droschke an.

„Linnemarie.“

„Hören Sie mich an,“ sagte draußen Hermann. „So hören Sie mich doch an.“

Fräulein drückte die Hand aufs Herz. Es klopfte so stark. „Sie dürfen von allem reden, nur nicht von ihm.“

Hermann sah sie gequält an. Es war ja schon so schwer zu sagen. Warum erschwerte sie es ihm noch mehr?

Fräulein gab ihm die Hand. „Sehen Sie nicht so traurig aus. Sie sind doch immer besser daran wie ich.“

„Nein, nein,“ sagte er leise. „Sie irren.“

„Ich weiß, Sie haben es nicht leicht, und ich möchte Ihnen helfen. So gerne, ach so gerne.“

Hermann lächelte traurig: Sie wollte ihm helfen. Sie... ihm! „Mir kann niemand helfen. Am wenigsten aber Sie.“

Sie gingen langsam in der kleinen Gasse auf und ab. „Ich habe so viele Sorgen um Ihre Wege gehabt,“ sagte sie plötzlich.

„Ja.“ Sie sah ihn groß an. „Sind Sie auch auf rechten Wegen?“

Er lächelte. „Das kann man mit Bestimmtheit erst sagen, wenn man am Ziel ist.“

„Manchmal sieht man es auch schon während des Gehens.“

„Ja, aber dann muß man seiner Sache sehr sicher sein.“

„Sind Sie das nicht?“

„Sind Sie es?“

„Aber ich komme hier doch nicht in Betracht,“ sagte Fräulein ärgerlich und verwarfte eine Weile im Schweigen. Plötzlich fragte Hermann: „Wieviel bekommen Sie eigentlich von meiner Mutter?“

„Genug. Wenn auch nicht zu viel.“

„Sie haben recht. Es ist eine unedelicate Frage —“

„— und eine überflüssige.“

„Warum?“

„Weil Sie ja Ihre Mutter fragen können.“

„Das täte ich nie. Sie würde dann seufzen und Ihnen am nächsten Erben wenn möglich noch abhandeln.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um die Wohnungsabgabe.

Ablehnung der Vorlage durch die Linke. Unerwartete Vorschläge zur Aufbringung der Baukosten.

Die gestrige Volksversammlung beschäftigte sich ausschließlich mit der Erörterung der Wohnungsabgabe, wobei auch der Streit der Bauarbeiter zur Sprache kam. Die Redner der Linken verurteilten das Verhalten des Senats. Vom Senat wurde dazu keine Erklärung abgegeben. Die Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 100 Prozent wurde von den Rednern der Linken abgelehnt und andere Wege zur Aufbringung der erforderlichen Mittel gezeigt. Die Sozialdemokratische Fraktion trat für einen Zuschlag zur Einkommensteuer ein, erklärte sich jedoch bereit, den Komm. Antrag auf Erhebung einer Vermögenssteuer zu diesem Zweck zu unterstützen. Zu einem Beschluss kam es nicht, weil sich bei der Abstimmung über den Vertagungsantrag die Beschlussfähigkeit des Hauses ergab. In der nächsten Sitzung am kommenden Mittwoch soll die Aussprache über die Wohnungsabgabe fortgesetzt werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Rahn (K.) eine Erklärung ab, die sich gegen den Vizepräsidenten Dr. Voening richtete, der aus Anlass der Vorgänge in der Nacht zum Sonntag in der „Danziger Zeitung“ einen scharfen Artikel gegen die Obstruktion veröffentlicht hatte. Abg. Rahn erklärte, dass die Obstruktion durch die einseitige Geschäftsführung des amtierenden Präsidenten Dr. Voening hervorgerufen wurde. Es sei verständlich, wenn durch ein solches Vorgehen die Abgeordneten der Linken den parlamentarischen Ton vermissen. Das darf aber nicht als moralisch minderwertig bezeichnet werden. Wenn in dieser Angelegenheit keine befriedigende Erklärung erfolge, werde die Kommunistische Fraktion nicht mehr unter dem Vorherrschaft von Dr. Voening tagen. Dieser hätte besser getan, im Interesse der Würde des Parlaments darauf zu achten, dass in der Nacht zum Sonntag der Massenkonsum von Sekt und Bowle in den Vorzimmern des Parlaments unterbleibe.

Das Haus beschäftigte sich nunmehr mit der Wohnungsabgabe.

Abg. Gen. Grünhagen eröffnete die Aussprache. Er rief einleitend, dass vom Senat nur ein Vertreter der Steuerabteilung anwesend war. Alle anderen hätten wahrscheinlich schon ihren Urlaub angetreten. Das Urlaubsbefreiung dieser Herren würde demnach sehr groß sein. Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf erklärte der Redner, dass die darin enthaltene Bestimmung, dass der Senat für einen gerechten Ausgleich der Lasten sorgen soll, keinen Wert habe. Die Sozialdemokratische Fraktion habe zu einem Ausgleich durch den Senat kein Vertrauen. Die Wohnungsabgabe bedeute ohne Frage eine Belastung der minderbemittelten Bevölkerung. Der sozialdemokratische Vorschlag, an Stelle der Wohnungsabgabe Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, wurde abgelehnt. Damit ist wieder einmal dokumentiert, dass die leistungsfähigen Kreise nicht in der notwendigen Weise zu den Lasten herangezogen werden können.

Verhinderung des Wohnungsinstandsetzungsgesetzes.

Senator Beste hat die Linke für die Verhinderung der Bauarbeiten verantwortlich gemacht, weil das Gesetz noch unverabschiedet ist. Das Wohnungsinstandsetzungsgesetz wird durch die Deutschnationale Fraktion verblockt. Man hat aber noch nicht gehört, dass Senator Dr. Beste den Deutschnationalen deshalb irgendwelche Vorhaltungen gemacht hat. Das Wohnungsinstandsetzungsgesetz ist jedoch mindestens ebenso wichtig wie die Wohnungsabgabe. Es hat keinen Zweck, neue Wohnungen zu bauen, wenn man vorhandene Wohnungen verfallen lässt. In der letzten Zeit ist eine ganze Reihe von Wohnungen wegen Bauverzögerung von der Hauptkette geschieden worden. Es muss dafür gesorgt werden, dass das Bestehende erhalten bleibt.

Bahnlegung der Bauarbeiten durch den Senat.

Der Senat hat gegen die Linke den Vorwurf erhoben, dass sie die Bauarbeiten lahmgelegt. In Wirklichkeit geschieht dies durch den Senat. Der Senat war die treibende Kraft bei der Ablehnung des Schiedsspruches im Baugewerbe. Dadurch zeigt der Senat ein großes Maß von Inkonsequenz. Bei dem am 2. Juni beschlossenen Vorlage verteilte die Regierung den Standpunkt, dass in Danzig die gleichen Bezüge wie in Deutschland gezahlt werden. Die Linke hat sich dem nicht widersetzt. Sie kann deshalb verlangen, dass den Arbeitern das gleiche Recht zugestimmt wird. Nach Fällung des Schiedsspruches für das Baugewerbe, der den Bauarbeitern die gleichen Löhne wie in anderen Großstädten brachte, haben aber alle Industrie- und Gewerbetreibenden sich in Bewegung gesetzt, um die Bauarbeiter um die Früchte des Schiedsspruches zu bringen. Dieses Bestreben wird vom Senat unterstützt. Es muss deshalb festgestellt werden, dass der Senat die Bauarbeiten lahmgelegt, bloß damit die Bauarbeiter die ihnen zustehenden Löhne nicht erhalten.

Die Sozialdemokratische Fraktion lehnt die 100prozentige Wohnungsabgabe ab, weil ihre Hauptlast von den Minderbemittelten getragen werden soll. Bei der 100prozentigen Mietabgabe wird es auch nicht bleiben. In kurzer Zeit werden die Hausbesitzer eine Herausforderung der Mieten

beantragen und dann besteht die Gefahr, dass die Mieten um weitere 100 Prozent gesteigert werden.

Abg. Schmidt (K.) bezeichnete die Wohnungsabgabe als äußerst unsoziales Gesetz. Auch seine Partei wolle, dass gebaut werde, die Mittel müssen jedoch auf anderem Wege aufgebracht werden. Redner empfahl eine Vermögensabgabe zu diesem Zweck. Wenn diese abgelehnt werde, müsse man Wohnungsinhaber mit einem Einkommen unter 20000 Mark, wenn sie nicht mehr als zwei Wohnräume bewohnen, von der Wohnungsabgabe freilassen. Redner kam dann auf den Bauarbeiterstreik zu sprechen. Die Arbeitgeber seien anfangs bereit gewesen, den Schiedsspruch anzuerkennen. Die Großindustrie habe dann die Ablehnung des Schiedsspruches veranlasst, weil sie befürchtete, dass auch der letzte Zimmerer die Werkstätte verlässt. Der Senat habe sich selbstverleumdend, wie bei allen Lohnkämpfen, auf die Seite der Unternehmer gestellt. In seinen weiteren Ausführungen schwelgte der Redner soweit von seinem Thema ab, dass er von dem amtierenden Präsidenten zweimal zur Sache gerufen werden musste.

Abg. Frau Dr. Stremme (D. P.) betonte, dass das Gesetz für die Hausfrauen unannehmbar sei, weil dadurch die kinderreichen Familien am stärksten getroffen werden. Auch die Deutigen müssten zur Aufbringung der Mittel zum Wohnungsbau beitragen. Bei Annahme dieser Gesetzesvorlage würde der Arbeiter mit möblierten Zimmern noch stärker werden. Jetzt sei es für Minderbemittelte schon schwer, ein möbliertes Zimmer zu erhalten. Den zahlungsunfähigen Untermietern müßte ein gesetzlicher Schutz gewährt werden.

Abg. Max (U. S. P.) erklärte, dass die Vorlage schon deshalb ungerecht ist, weil sie ein

Ausnahmegesetz gegen die Familienväter

ist. Deshalb lehnen auch die drei sozialistischen Parteien die Vorlage ab. Die Notwendigkeit, Mittel zum Wohnungsbau zu schaffen, wird auch von der Linken anerkannt. Der gegebene Weg sei der Zuschlag zur Einkommensteuer. Es sei unverständlich, dass der bloßbezahlte sozialdemokratische Antrag abgelehnt wurde. Durch die Wohnungsabgabe werden Tausende zahlungsfähiger Personen nicht erfasst, weil sie in Hotels usw. wohnen. Redner beantragte deshalb noch einmal die Ausschussberatung der Vorlage. Weiter wendet sich Abg. Max gegen die Verteilung der Ueberteuerungsausfälle. Die Deutschnationale Baugenossenschaft, die vorwiegend 4- und 6-Zimmerwohnungen baut, erhalte eine Million nach der anderen, während die anderen Baugenossenschaften nicht berücksichtigt würden. Dadurch würde der Zweck des Gesetzes nicht erfüllt. Wer sich eine 6-Zimmer-Wohnung leisten könne, sei auch in der Lage, die Baukosten selbst aufzubringen.

Senator Dr. Beste antwortete, dass der Senat in erster Linie den Bau von Kleinwohnungen begünstige. Der Zugang von Industriearbeitern und Beamten mache jedoch auch den Bau von großen Wohnungen notwendig. Für die Bewilligung von Bauzuschüssen seien die Kommunen zuständig. In Danzig würden die Anträge auf Bauzuschüsse von dem Bauausschuss geprüft. Eine Bevorzugung einzelner Baugenossenschaften finde nicht statt. Die Baugenossenschaft, die am flottesten baue, erhalte auch die meisten Zuschüsse. Wer Baukostenzuschüsse beanspruche, nehme ein starkes Risiko auf sich. Redner wandte sich gegen eine nochmalige Ausschussberatung der Vorlage.

Abg. Maschewitz betrat alsdann die Rednertribüne, was die Deutschnationalen zu eifriger Flucht aus dem Sitzungssaal veranlasste. Redner erklärte die Vorlage für unannehmbar. Er befürwortete die Forderungen der Mietervereine, wie sie in den großen Mieterversammlungen aufgestellt worden sind, und schloß sich der Forderung der Freien Gewerkschaften an, die in einer Eingabe eine Vermögensabgabe zum Wohnungsbau verlangen. Es müsse ein großzügiger Bebauungsplan aufgestellt werden, der für ein Jahrhundert voraussehe. Die Lasten dürften nicht immer auf die minderbemittelte Bevölkerung abgewälzt werden.

Heranziehung des Vermögens zum Wohnungsbau.

Abg. Rahn (K.) vertrat den Standpunkt, dass auch ein Zuschlag zur Einkommensteuer nicht die Mittel aufbringt, die zum Wohnungsbau erforderlich sind. Die Einkommensteuer habe im vergangenen Jahre 100 Millionen gebracht. Ein 10prozentiger Zuschlag werde etwa 10 Millionen bringen, wobei noch zu berücksichtigen sei, dass die kleinen Einkommen frei bleiben müssen. Es müsse großzügig vorgegangen werden. Der gegebene Weg sei eine Vermögensabgabe. Das Danziger Vermögen sei auf 40 Milliarden Papiermark zu schätzen. Selbst wenn davon nur 10 Milliarden zu einer 10prozentigen Abgabe herangezogen würden, sehe eine Milliarde für den Wohnungsbau zur Verfügung. Damit könnten für 4000 Wohnungssuchende Wohnungen erschaffen werden. Ein anderer Weg sei, dem Senat die Ermächtigung zu einer Anleihe von 500 Millionen Mark zu geben. Die Sicherstellung der Anleihe könne durch eine Zwangshypothek auf den gesamten Danziger Grundbesitz geschaffen werden. Die zur Verzinsung und Abtragung erforderlichen Mittel könnten durch die Mieten der neuen Wohnungen aufgebracht werden. Durch Annahme dieses Vorschlages würde eine neue steuerliche Belastung der minderbemittelten Bevölkerung verhindert. Redner wandte sich

ebenfalls gegen die Stellung, die der Senat zu dem Bauarbeiterstreik einnimmt. Zur Frage der Baukostenzuschüsse erklärte Abg. Rahn, dass für diesen keine Zuschüsse gezahlt werden dürften und empfahl anstatt Eigenheimen Miethäuser zu bauen.

Abg. Gen. Grünhagen erwiderte, dass bei den Ausschussverhandlungen auch die Vertreter der Kommunistischen Fraktion für den sozialdemokratischen Antrag auf Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer eingetreten sind. Der Antrag sei gestellt worden in dem Bestreben, den Kreisen die Lasten aufzuerlegen, die sie tragen können. Der Zuschlag zur Einkommensteuer sollen progressiv gesteigert werden. Den Ausführungen des Abg. Rahn über die Art des Häuserbaus trat Gen. Grünhagen entgegen. Die Baugenossenschaften stehen auf dem Standpunkt, dass solide gebaut werden muß und daß die Mietskafnern verschwinden müssen. Bei der Gewährung von Bauzuschüssen müsse mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Der Antrag auf nochmalige Ausschussberatung werde von der Sozialdemokratischen Fraktion unterstützt.

Abg. Max (U. S. P.) beantragte nunmehr Vertagung der Vorlage. Für den Antrag stimmten die Linke und die Deutsche Partei. Da das Abstimmungsergebnis zweifelhaft war, wurde die Abstimmung durch Ausschaltung wiederholt. Dabei ergab sich die Beschlussfähigkeit des Hauses, da die Linke sich nicht an der Abstimmung beteiligte. Der Präsident vertagte um 7 1/2 Uhr die Sitzung auf Mittwoch nächster Woche. Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung steht als 1. Punkt wiederum die Wohnungsabgabe.

Danziger Nachrichten.

Die mangelnde Fürsorge für die Invaliden

war wiederum Gegenstand einer vom Invalidenverband nach dem Werkpfeiffesale einberufenen, überfüllten Versammlung. Der Vorsitzende Prüffel hielt einen längeren Vortrag, in dem er auch darauf hinwies, dass zwar für andere notleidende Bevölkerungskreise wie Kriegsschädigte, Kriegsinvaliden, Erwerbslose usw. die Zuständigkeit des Staates für soziale Hilfsmaßnahmen gesetzlich festgelegt ist, daß jedoch die Invaliden noch immer der ergänzenden Fürsorge gemeindlicher Einrichtungen der Armenfürsorge überlassen würden. Dadurch würden die Invaliden zu Bürgern dritten und vierten Grades herabgedrückt. Jeder Staatsbürger, der auf Würde und Selbstachtung Wert legt, wenn ihn nicht die äußerste Not dazu zwingt, lehnt es ab, die Armenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Alle Eingaben und Vorstellungen, die Vertreter der Invaliden als Mitarbeiter in das Wohlfahrtsamt einzuflehen, sind zum größten Teil ohne sachlichen Grund abgelehnt worden.

Der Redner kam dann auf das Notstandsgesetz zurück. Bei der Verabschiedung sind viele Beschwerden der Invaliden über die Ausführung dieses Gesetzes eingegangen. Das Wohlfahrtsamt (Armenfürsorge) hat den alten Leuten von der Nachzahlung Abzüge gemacht für gekaufte Lebensmittel, für Brennmaterial und für Kleider und Wäsche. Manche Beträge, die in Abzug gebracht sind, gehen in die Hunderte von Mark, so daß den Vermittlern nur ein geringer Betrag verbleibt. Viele, die monatlich auf Nachzahlung gewartet, darauf geborgt, Sachen verpfändet usw. haben, stehen schuldig da. Viele Invaliden glauben sich von diesem Gelde wenigstens mit etwas Brennung oder der allernotwendigsten Bekleidung eindecken zu können, aber sie haben nicht mit der Armenfürsorge gerechnet. Fast alle, denen Abzüge gemacht worden sind, glauben ebendamit, daß ihnen die obigen Zuwendungen im Wege der Wohlfahrtspflege nach eingehender Prüfung ihrer Bedürftigkeit gestenkt worden sind, sonst hätte der größte Teil diese Wohlthaten abgelehnt, wenn man dafür volle Bezahlung in Abzug bringt. In der Aussprache äußerte sich Inspektor Volk vom Wohlfahrtsamt zu den vorgetragenen Beschwerden. Die Beamten erhielten ihre Anweisungen, die sie ausführen müßten. Soweit es trotzdem möglich sei den Beschwerden abzuhelfen, wolle er dafür Sorge tragen.

Beendigte Lohnbewegung der Weichselholzarbeiter.

Nachdem letztmalig am 1. Mai mit dem Verband Danziger Arbeitgeber des Holzgewerbes ein neues Vertragsverhältnis für die Weichselholzarbeiter geschaffen war, wurde in Anbetracht der immer weiter zunehmenden Teuerung dieser Tarifvertrag wiederum zum 15. Mai gekündigt. Die Arbeitgeber verhielten sich den neuen Forderungen gegenüber zunächst ablehnend, indem sie die Malilöhne auch für den Monat Juni als zeitgemäß bezeichneten. Den Bemühungen der Organisationsleitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes ist es gelungen, nach den Pfingstfeiertagen neue Verhandlungen in die Wege zu leiten, die zur Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führten. Die Stundenlöhne werden rückwirkend vom 1. Juni von 16 Mark auf 18 Mark bzw. 15,25 Mark erhöht, in demselben prozentualen Verhältnis auch die Löhne der jugendlichen und weiblichen Arbeiter. Auf die Ukkorhsäge, welche am 1. April ten festgesetzt wurden, ist ein Zuschlag von 28 Prozent bewilligt. Für Nachtwachen ist ein Satz von 150 Mark pro Nachtwache vereinbart. Zu diesem Verhandlungs-



Rähmscher

ist rein und gekachelt und erfreut sich wegen seines Wohlgeschmackes eines regen Zuspruchs



B. Schmidt Nachfl. DANZIG

Rähm 16 Telef.: „Notamt 5527“ Karthäuserstr. 113 Telef. 2747

TABAK-FABRIK

16328



Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Aus dem Osten.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Wing. Wladimir Solikontrollen. Die frühere Zollabfertigungstelle in Rahlberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Bewerkschaftliches.

Die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress im Metallarbeiterverband haben, wie wir schon kurz mitgeteilt, das Ergebnis gehabt, daß die auf dem Boden der SPD. stehenden Delegierten die größte Stimmenzahl auf sich vereinigten.

Die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress im Metallarbeiterverband haben, wie wir schon kurz mitgeteilt, das Ergebnis gehabt, daß die auf dem Boden der SPD. stehenden Delegierten die größte Stimmenzahl auf sich vereinigten.

Die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress im Metallarbeiterverband haben, wie wir schon kurz mitgeteilt, das Ergebnis gehabt, daß die auf dem Boden der SPD. stehenden Delegierten die größte Stimmenzahl auf sich vereinigten.

Die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress im Metallarbeiterverband haben, wie wir schon kurz mitgeteilt, das Ergebnis gehabt, daß die auf dem Boden der SPD. stehenden Delegierten die größte Stimmenzahl auf sich vereinigten.

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Die polnische Konsularverwaltung in Danzig... Die polnische Konsularverwaltung in Danzig...

Veranstaltungs-Anzeiger. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Modelliererei. Sonntag, den 10. Juni, abends 6 1/2 Uhr im Lokal Reimann, Fischmarkt 6: Werkstattung. - Abends 7 1/2 Uhr: Branchenvorversammlung.

Jogal. Gicht, Rheuma, Ischias, Herenschuß, Nervenschmerzen. Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,3% Acid. acetyl. sulf., 0406% Chinin, 12,6% Lithium, ad 100 Amylum. Ausführl. Broschüre gratis u. franko Fabrik Pharmacia, München 27.

Danziger Nachrichten.

Steuern und Zölle im Freistaat.

110 Millionen Mark Ueberschuss der Steuerverwaltung.

Der Senat legt nunmehr den Haushaltsplan der Steuerverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 vor. Die Zahlen zeigen eine starke Steigerung. Gegenüber dem Rechnungsjahre 1920 haben sich die Einnahmen von 46,9 Millionen Mark auf 181 Millionen Mark erhöht, also etwa verdreifacht. Die Ausgaben der Steuerverwaltung sind jedoch von 85 Millionen Mark auf 21 Millionen Mark gesunken, haben sich also in einem Jahre um das Sechsfache erhöht. Ueber die Hälfte der freistaatlichen Steuererlöse wird durch die Einkommensteuer aufgebracht. Der Anteil des Staates daran beträgt 70 Millionen Mark. Da der Staat 50 Prozent der Einkommensteuer erhält, beträgt das Gesamtaufkommen der Einkommensteuer demnach 140 Millionen Mark. Der 50prozentige Anteil des Staates an der Körperschaftsteuer brachte 7,5 Millionen Mark. Gegenüber den Erträgen aus der Einkommensteuer kann man die Ergebnisse der anderen direkten Steuern als gering bezeichnen. So brachte die Ergänzungssteuer 2 Millionen Mark, die Verbrauchssteuer 1 Million Mark, Wärendergewerbesteuer 760 000 Mark, die Gewerbesteuer 8 Millionen Mark, die Betriebssteuern 40 000 Mark. Die Einnahmen an direkten Steuern betragen im Jahre 1921 93,4 Millionen Mark (im Vorjahre 18,2 Millionen Mark). An indirekten Steuern wurden 80 Millionen Mark erhoben, und zwar Grunderwerbsteuer 8 Millionen Mark, Zuzug- und Umsatzsteuer 14 Millionen Mark, Wertzuwachssteuer 8 Millionen Mark. Die Kriegszusgaben brachten nur 10 000 Mark. Für die Genehmigung hinsichtlich Spiritussteuern wurden 2 Millionen Mark vereinnahmt. Die Stadtgemeinde erstattete dem Freistaat 5 Millionen Mark für Besoldungen. An Steuerstrafen sind nur 15 000 Mark vereinnahmt worden. Die Katasterverwaltung hatte eine Einnahme von 116 000 Mark. Die Gesamteinnahme der freistaatlichen Steuerverwaltung beträgt 181 Millionen Mark gegenüber 46,9 Millionen Mark im Jahre 1920, so daß in der Einnahme ein Mehr von 84,1 Mill. Mark zu verzeichnen ist. Ein Beweis, wie stark die Steuerlast angezogen worden ist. In der Ausgabe erscheinen 10,9 Millionen Mark Rücklagen und Anteile der Gemeinden. Die persönlichen Ausgaben der Steuerverwaltung (Gehälter usw.) betragen 8,9 Millionen Mark. Die sämtlichen Ausgaben 989 000 Mark. Die Katasterverwaltung hatte bei einer Einnahme von 116 000 Mark eine Ausgabe von 690 000 Mark. Die persönlichen Ausgaben der Verwaltung sind gegenüber dem Jahre 1920 von 1,6 Millionen Mark auf 8,9 Millionen Mark gestiegen. Der Gesamtüberschuss der freistaatlichen Steuerverwaltung beträgt 110 Millionen Mark. Im Jahre 1920 wurde bei einer Einnahme von 46,9 Millionen Mark und einer Ausgabe von 8,5 Millionen Mark, ein Ueberschuss von 48 Millionen Mark erzielt. Der Ueberschuss hat sich also um 60 Millionen Mark erhöht.

128 Millionen Mark Zolleinnahmen.

Ueberraschend hoch sind auch die Einnahmen der Zollverwaltung. Für Zölle mit Aufgeld wurden 82 Millionen Mark eingenommen. Nicht mit angerechnet worden ist der Anteil Danzigs aus den Einnahmen der polnischen Zollverwaltung. Im Jahre 1920 brachten die Zölle 16 Millionen Mark Einnahme. Weiter brachten ein: Zigarettensteuer 13,9 Millionen Mark, Zucksteuer 1 Million Mark, Salzsteuer 230 000 Mark, Branntweinsteuer 10 Millionen Mark (1920: 1,6 Millionen Mark), Schaumweinsteuer 4,5 Millionen Mark, Weinsteuer 5 Millionen Mark, Mineralwassersteuer 80 000 Mark, Zündwarensteuer 470 000 Mark, Verbrauchsteuer 130 000 Mark, Biersteuer 770 000 Mark, Spielkartensteuer 450 000 Mark, Reichsstempelabgabe 10,7 Millionen Mark, Verkehrssteuer 9,3 Millionen Mark, Erbschaftsteuer 2,4 Millionen Mark, Stempelsteuer 3,2 Millionen Mark; von Bier, Zigaretten und Tabak wurden außerdem noch 9,5 Millionen Mark vereinnahmt. Die Gesamteinnahmen der Zollverwaltung betragen im Jahre 1921: 128,4 Millionen Mark, gegenüber 42,4 Millionen Mark im Jahre 1920. Die Einnahme hat sich also verdreifacht. Die Ausgabe beträgt 10 Millionen Mark, und hat sich gegen das Vorjahr verdoppelt. Für persönliche Ausgaben (Gehälter usw.) sind 28,5 Millionen Mark verausgabt worden. Ausschließlich der Angestellten und Hilfsarbeiter sind im Etatsjahre 1921 276 Personen bei der Zollverwaltung tätig gewesen. Sämtliche Ausgaben veranschlagt 1,3 Millionen Mark. Die Gesamtausgabe betrug 90,6 Millionen Mark, so daß bei einer Einnahme von 128,4 Millionen Mark, ein Ueberschuss von 37,8 Millionen Mark verbleibt. Das Jahr 1920 brachte bei 42,4 Millionen Mark Einnahme und 17,3 Millionen Mark Ausgabe einen Ueberschuss von 27,1 Millionen Mark. Ungleiches dieser Millionenbeträge, die sich im laufenden Jahre noch erhöhen, taucht doch unwillkürlich die Frage auf, ob zu dieser gewaltigen Belastung der Bevölkerung wirklich noch neue Steuern, wie das ungeliebte Luxussteuergesetz hinzugefügt werden müssen. Wenn diese gewaltigen Einnahmen nicht ausmachen, heißt es am rechten Ort sparen. Mit neuen Steuern sollte man die Bevölkerung verschonen.

Ueber die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion

erstattete Gen. Grunhagen gestern Abend in einer Vertretersitzung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt einen Bericht, der den Zeitraum des letzten Vierteljahres umschloß. Er führte etwa folgendes aus:

Durch die Uebernahme der Verwaltung durch den Senat ist die Befugnis der Stadtverordnetenversammlung wesentlich eingeschränkt. Trotzdem hat unsere Stadtverordnetenfraktion ihre Pflicht ernst erfüllt. In einigen Fragen ist es gelungen, den rücksichtlichen Geist des Senats und der bürgerlichen Vertreter einzudämmen; z. B. gelang es, für Verpflichtungen von städtischem Landbesitz eine sogenannte Dolarlauf und Festsetzung der Zahlungen in Naturalwerten durchzusetzen, damit die Stadt nicht durch die andauernde Geldentwertung geschädigt wird. Es ist dies ein Fortschritt, da in Danzig noch hauptsächlich langfristige Pachtverträge bestehen, die jetzt für die Stadt starke finanzielle Ausfälle bedeuten. Die Forderung wurde von der Sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt, da keine Sicherungen dagegen bestanden, daß die Gewerkschaften und Vereine zur Uebernahme sämtlicher Verantwortungen, die bis nach 11 Uhr abends dauern könnten, gezwungen werden. Dies bedeutet einen Stoß gegen das Vereinsgesetz. Die Steuer ist vorläufig verschwunden: wenn sie wieder auf-

zuheben sollte, kann sie nur Zustimmung finden, wenn sie nicht schädlich für die Arbeiterschaft ist. Die Wohnungsbauabgabe, die von 10 auf 100 Prozent erhöht werden soll, wird von der Arbeiterschaft abgelehnt, denn es bleibt nicht bei dieser Steigerung, sondern die Hauswirte fordern ebenfalls Zuschläge. Trotzdem wird an den Häusern so gut wie nichts gemacht, so daß auf einer Seite ein Aufbau von Wohnungen erfolgt, auf der anderen aber ein Verfall eintritt. Das ist ein Zustand, der die Hauswirte zur Renovierung verpflichtet, was, wie von den bürgerlichen Parteien verschleppt. Da aber Geldmittel zum Wohnungsbau notwendig sind, fordern wir eine Vermögensabgabe; da diese abgelehnt wurde, fordern wir, die Aufbringung dieser Mittel durch Zuschläge zur Einkommensteuer auszubringen. Der Bau des Volkensplatzes ist durch die Steigerung der Kosten zur Unmöglichkeit geworden, dafür soll ein Vorschlag erteilt werden, daß sich besser in den Rahmen des Stadtbildes einfügt. Wir fordern, daß das Gelände für den Bau nur in Erbpacht gegeben werden sollte. Die Bewilligung von 200 000 Mark für die Baugelände war fast das einzige Fortschrittliche, was der Senat getan hat.

In der Aussprache über den Bericht wurde gefordert, daß die vom Senat angekauften Kartoffeln auf den Markt geworfen werden, um die Preise zu senken. — Gen. Follen machte auf das Bauprojekt im Spandhausgarten aufmerksam. Der Platz wäre sehr geeignet für eine öffentliche Anlage und sollte der Bau besser an einer anderen Stelle erfolgen. Anträge zur Parteienausführung wurden nicht gestellt. Daran gab Gen. Wasso einen Rassenbericht über die Malfeier. Nachdem noch unter Punkt Verschiedenes einige Fragen erledigt wurden, hatte der Vertretertag sein Ende erreicht.

Rundschau auf dem Wochenmarkt.

Für die Hausfrauen, deren Aufgaben angesichts der anhaltenden Preissteigerungen immer schwerer werden, brachte auch der heutige Wochenmarkt keinen Lichtblick, sondern neue Sorgen. Für Schweinefleisch soll man nun schon 44—52 Mk. pro Pfund bezahlen. Rindfleisch kostete auch 40—50 Mk. Schlechtere Stücke wurden pro Pfund mit 88 Mark abgegeben, Kalb- und Hammelfleisch kostete das Pfund 80—40 Mk., ein Paar Tauben kostete 40 Mk. Gänse wurden mit 80 Mark das Pfund angeboten. Eier, die nur spärlich zu haben sind, kosten 42—45 Mark die Mandel, Butter schwankte im Preise zwischen 54—61 Mark.

Auf dem Gemüsemarkt gibt es jetzt an jedem Markttag neue landliche Erzeugnisse. Heute waren es Kohlrabi, die aber pro Kopf 8 Mark kosteten. Ein Bündchen Mohrrüben kostete 7 Mk. 8 Köpfe Salat waren für eine Mark zu haben. Ein Pfund Spinat kostete 5 Mark, ein Pfund Stachelbeeren 7 Mark, Ahabarber 2 Mark. Für Zwiebeln wurden 20 Mark für das Pfund verlangt. Ein kleines Bündchen kostete 2,50 Mark. Neben Gemüse werden Linsen mit Tomatenpflanzen angeboten, das Stück zu 2,50 Mark.

Blumen sind heute ebenfalls wieder sehr teuer. Ein Straußchen Malblumen kostete 8 Mark, 4 Stiele Tanne 8 Mark, Margeriten das Stück 1 Mark. Topfpflanzen kosten 15—30 Mark usw. Man fragt sich, warum sind die Blumen so teuer, nun sie so reichlich zu haben sind.

Auf dem Fischmarkt setzt es Rippenstücke, so schiebt sich die Menge hin und her. Fleisch ist nicht zu bezahlen und so versucht jeder, ein billiges Fischgericht einzukaufen. Der einzige annehmbare Preis war der für Flundern. Ein Pfund kostete 6—7 Mark. Räucherflundern dagegen 20—25 Mark das Pfund. Für frische Pommes wurden 18 Mark verlangt, für Hechte 25 Mark, für Quappen 12 Mark, für kleine Weißfische 10 Mark und für Aale 25—30 Mark pro Pfund.

Zu alledem hört man von den Händlern die verheißungsvollen Worte, daß alles in der nächsten Zeit noch teurer würde! Bei unserm zurbleibenden Einkommen ist das eine schlechte Aussicht! Über solange nicht die Hausfrauen einsehen, daß die bürgerlichen Parteien gegen jede Einschränkung der Profitwirtschaft sich wehren, solange haben sie selbst Schuld an diesen Umständen. Nur traurig, daß wir, die wir gegen diese Ausnutzung ankämpfen, ebenfalls unter dieser Gleichgültigkeit und Dummheit der Mehrheit der Bevölkerung leiden müssen.

Der Parteienauschuss der SPD.

tritt morgen, Sonntag, den 11. Juni, vorm. 11 Uhr, im Volkshausgebäude, Neugarten, im sozialdemokratischen Fraktionszimmer zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Organisationsbericht vom 1. Quartal 1922, Referent Gen. Klaf. 2. Bericht der Volksstabsfraktion, Referent: Gen. Gehl. 3. Bericht über den Staatshaushalt. 4. Anträge. Um die reichhaltige Tagesordnung zu erledigen, ist es notwendig, daß jeder Delegierte pünktlich erscheint. Ausweis und Mitgliedsbuch sind mitzubringen.

Vertrauensleute der S. P. D.

Montag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Parteibureau, Spandhaus 8, Hof, 2. Seitengebäude, 1 Treppe, bringende Besprechung. Sämtliche Vertrauens- und Bezirksvertrauensleute müssen erscheinen.

Die Umzugskosten nach dem Deutsch-Danziger-Beamtenabkommen. In den Umzugskosten und Mietsentschädigungen der in deutsche oder preussische Dienste zurückgehenden Staatsbeamten aus Danzig, zu denen Danzig nach § 18 des Abkommens vom 12. November 1920 mit 1/2 beitragspflichtig ist, gehören einer Erläuterung des preussischen Finanzministers zufolge, nach einer Vereinbarung mit dem Senat der Freien Stadt Danzig auch die den verletzten Beamten gezahlten Beihilfen für die Führung eines doppelten Haushalts nach Ausführung der Versetzung mit der Maßgabe, daß die Beitragsleistung Danzigs zu diesen Beihilfen sich auf einen Zeitraum von längstens zwei Monaten beschränkt. Wie der amtliche preussische Pressedienst hierzu mitteilt, sind die Beitragsanteile Danzigs an Umzugskosten usw. von denselben Dienststelle, welche diese Beträge zur Zahlung angewiesen hat, alsbald nach erfolgter Umweisung bzw. nach Ablauf der zweimonatigen Frist unmittelbar von der Freien Stadt Danzig anzufordern. Der Anteil an Umzugskosten ist in erster Linie auf den evtl. gewährten Zuschuß zu der gesetzlichen Umzugskostenvergütung zu verrechnen.

Strafverfahren gegen einen Abgeordneten. Der Senat beantragt beim Volkstag die Genehmigung zur Durchführung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Ueberjohn (M.E.P.) wegen Uebertretung

Der Offenbahn-Pass- und Betriebsverordnung wegen Beleidigung.

B. O. Geköpfel im Stadttheater. In der Rolle des Schubert im „Dreimäderlhaus“ sollte gestern Blau Hartmann vom Stadttheater in Greifswald die jähstehenden für den zweiten lyrischen Tenor erbringen. Um die Bekämpfung des Geköpfels zu prüfen muß man sich zunächst von all dem inneren Kerger befreien, den diese grobe und anmaßliche Profanierung unseres Schubert durch die „Autoren“ verursacht. Was nun den Prolog selbst angeht, so hat ihm sein Vorgänger die Konkurrenz kaum schwer gemacht. Wenn demnach vom Prinzip der „Verbesserung“ das Urteil zu fällen wäre, gäbe es für Blau Hartmann keine Bedenken, und ich glaube, daß er in der Operette immerhin bestehen würde, da er ein munterer und geschmackvoller Schauspieler zu sein scheint. Um aber jeweiliger Erfolg für Blau zu sein, oder in feriblen Partien zu wirken, fehlt doch ganzganz allein schon soviel, daß eine Verpflichtung an unsere Bühne nicht unbedenklich sein dürfte.

Die Deutsche Volkstheater ist zur Erledigung dringender Angelegenheiten an Sonn- und Feiertagen zukünftig in der Zeit von 11—12 Uhr vormittags geöffnet.

Der gesunkene Schlepper „Weißel“ soll heute durch den Schwimmklub der Danziger Werft gehoben werden. Taucher werden Stahlseile unter den Schlepper hindurchgeben, die dann über das Hebewerk des Schwimmklubs geleitet werden.

Zur Erhaltung des Schlossgartens in Oliva hat der Danziger Gartenbau-Verein in einer Eingabe an den Senat eine Anzahl beachtenswerter Vorschläge gemacht. Durch Anlegung von Blumenzucht soll ein Teil der Unterhaltungskosten aufgebracht werden. Für die dann noch fehlenden Mittel soll ein geeigneter Teil des Gartens für Bauzwecke erschlossen sowie eine Zeltzelle verankert werden. Auch die Schaffung einer Gast- und Erholungsstätte wird angeregt.

Unbekannte Leichen angeschwemmt. Am Donnerstag gegen 8 Uhr abends ist bei Brösen eine männliche Leiche angeschwemmt, die geborgen und in der Leichenhalle in Brösen untergebracht worden ist. Sie ist bereits stark in Verwesung übergegangen und muß daher schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Die Hände waren mit gestrickten dunklen Handschuhen, der übrige Körper mit Fischerkleidung bekleidet. Anscheinend handelt es sich um einen der aus Gdingen oder Puhlig stammenden Fischer, die im Frühjahr d. J. bei Ausübung ihres Berufes in der Ostsee verunglückt sind. — Am gleichen Tage wurde von Neuring auf der Frischen Viehring gemeldet, daß auch dort eine männliche Leiche angeschwemmt ist. Bei ihr wurde eine Taschenuhr und eine Monatskarte für die Strecke Danzig-Langfuhr vorgefunden. Der Name auf dieser war nicht mehr zu entziffern, scheint jedoch mit dem Buchstaben „F“ zu endigen.

Nächtliche Einbrüche in den Schweinestall. Der Käsereigehilfe Otto Emil Schönhoff aus Junkeracker stand vor der Strafkammer unter der Anklage zweier Diebstähle an Schweinen. Der Angeklagte besuchte nachts den Schweinestall eines Weikers in Tiegenhagen und holte hier ein lebendes Schwein im Werte von 4000 Mark heraus, das er dann weiter verkaufte. Bald darauf unternahm er einen zweiten Diebstahl mit einer andern Person, die noch nicht ergriffen ist. Die beiden fanden nach 14 Tage den Stall verschlossen und erbrachen nun eine Mauer des Stalles. Dann trieben sie 3 Schweine lebend aus dem Stall, stahlen dann zwei Mähne, luden die Schweine darauf und fuhren mit ihnen nach Steegen, wo die Schweine verkauft wurden. Die Schweine hatten einen Wert von 12 000 Mark, sie wurden aber für 4800 Mark verkauft. Von diesem Gelde erhielt der Angeklagte 2100 Mark. Der Fehler in Steegen ist noch nicht bestraft. Die beiden Mähne ließen die Diebe auf dem Fluß stehen, wo sie später gefunden wurden. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten wegen einfachen und schweren Diebstahls an den Schweinen zu 8 Jahren 5 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Wegen des Diebstahls an dem Stroh erfolgte Freisprechung, da ein Diebstahl nicht beabsichtigt war.

Polizeibericht vom 10. Juni 1922. Verhaftet: 12 Personen, darunter: 2 wegen Verdachts des Diebstahls, 8 in Polizeihast. Obdachlos: 2 Personen.

Die Unterhaltungsbeilage mußte für die heutige Ausgabe leider in Fortfall kommen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

| | | | |
|-------------------|------|------------|------|
| Polnische Mark: | 7,10 | am Vortage | 7,05 |
| Amer. Dollar : | 294 | " | 289 |
| Englisches Pfund: | 1300 | " | 1260 |

BORG



QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsrichten am 10. Juni 1922.

| | | | | | |
|-----------|-------|-------|------------------|-------|-------|
| Zowichost | 8.6 | 9.6 | Kurzbrack | +0.56 | +0.52 |
| Marzschau | +0.89 | + | Montauespige | +0.04 | +0.00 |
| Plock | 8.6 | 9.6 | Piedel | +0.14 | +0.23 |
| Thorn | +0.25 | +0.23 | Dirschau | +0.08 | +0.10 |
| Fordon | +0.12 | +0.10 | Emlage | +2.24 | +2.13 |
| Culm | +0.01 | +0.04 | Schjemenhofst | +2.48 | +2.54 |
| Graudena | +0.17 | +0.13 | Wogatz | | |
| | | | Schönau D. P. | +6.64 | +6.62 |
| | | | Walgenberg D. P. | +4.46 | +4.46 |
| | | | Neuhorsterbuck | +2.02 | +2.00 |
| | | | Unwachs | +1.12 | +1.27 |

Volkswirtschaftliches.

Der bestimmt den Kohlenpreis? Der „Manchester Guardian Commercial“ bringt eine lustige Stoffe, die hier wiedergegeben werden soll. Sie lautet (mit einigen Abzügen): „Beim Frühstück las ich, daß die Bergarbeiter in Lancashire und Westire wieder eine Lohnherabsetzung erleben, die ihre Löhne ungefähr auf den Betrag von 1914 herunterbringt. Ich muß jetzt für meinen Bedarf 2 Pfund 10 Schilling für eine Tonne Kohlen bezahlen. Vor dem Kriege bezahlte ich nie auch nur annähernd diesen Preis. Auch die Steigerung der Steuern und der übrigen Kosten (abgesehen von den Löhnen) kann den Unterschied kaum erklären. Bei alledem scheint ein Wettbewerb zu sein.“ Bei uns wird jede Steigerung des Kohlenpreises mit Lohn- und Steuererhöhungen begründet, was sie auch noch so weit darüber hinausgehen. In England folgt der Kohlenpreis den Lohn- (und Steuer-) Ermäßigungen nicht. Das Kohlenkapital versteht eben überall sein Geschäft.

Die Wirtschaft in Schweden. In Schweden wird noch immer sehr lebhaft über die schlechten Wirtschaftsverhältnisse geklagt. Im März verzeichnete man etwa 60000 Arbeitslose Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern sind an der Tagesordnung, wobei das Bestreben eine große Rolle spielt, die Löhne herabzusetzen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die deutschen Löhne niedriger sind als in Schweden, welchem Umstand man es zuschreibt, daß deutsche Waren in zunehmendem Maße nach Schweden eingeführt werden. Seit ungefähr Ende April soll sich allerdings in einigen Zweigen der schwedischen Industrie eine Besserung bemerkbar gemacht haben. Es wird behauptet, daß die in allen Gewerbezweigen durchgeführte Herabsetzung der Löhne zur Besserung der Verhältnisse beigetragen habe. Die Folge der Verbesserung ist, daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr den früheren Umfang hat.

Schnaps statt Nahrung. Nach amtlichen Feststellungen (Ausführungen des baltischen Arbeitsministers im Danzoger) sind in Deutschland im Jahre 1921 22 Millionen Zentner Getreide und 25 Millionen Zentner Kartoffeln zu Schnaps verbrannt worden. — Im Lande der chronischen Unterernährung.

Kleine Nachrichten.

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Budapest. Nach den endgültigen Wahlergebnissen wurden bei den Budapestener Wahlen 18 Sozialdemokraten, 7 Linksdemokraten, 5 Mitglieder der regierungsfreundlichen Parteien, 3 Mitglieder der Andrássypartei, ein Christlich-Sozialer und ein Regierungsparteiler gewählt.

Verantwortlich für Politik Ernst Boops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Owerl in Oliva. — Druck von J. Wehl u. Co., Danzig.

Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekautelt
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähnergasse 4.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter
Irma mit Herrn Landgerichtsrat
Dr. Kamnitzer, Danzig zeigend
Alexander Wiener
Schneidemühl u. Frau Lina
geb. Rosenthal

Irma Wiener
Dr. Bernhard Kamnitzer
Verlobte

6752

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Sonnabend, den 10. Juni, abends 7 Uhr:
Dauerkarten E 2.

Die Mütter

Schauspiel in 1 Aufzügen von Georg Hirsfeld.
In Szene gesetzt von Dir. Rudolf Schaper.
Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9^{3/4} Uhr.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. „Der Niegende Holländer“ in drei
Akten von Richard Wagner.

Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1. „Der
Tor und der Tod.“ Ein Bühnenspiel. Hierauf:
„Das Pokamt.“ Ein Bühnenspiel.

Dienstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
„Der Trompeter von Säckingen.“ Oper in
3 Akten nebst einem Vorspiel.

Wilhelm-Theater

Langgarten 31.

Heute, Sonnabend, den 10. Juni,
Anfang 8 Uhr

Zum letzten Male:

Prinzessin Olala

Operette in 3 Akten.
Musik von Jean Gilbert.

Morgen, Sonntag, den 11. Juni:
Zum ersten Male:

„Schäme dich Lotte“

Operette in 3 Akten.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr
an der Theaterkasse. 16627

„Libelle“

Musik, Gesang, Tanz.

Stadttheater Zoppot.

Sonnabend, den 10. Juni: Geschlossen.
Sonntag, den 11. Juni, abends 7^{1/2} Uhr:

„Wiener Blut“

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Außer Abonnemet. 16756

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 15. Juni, abends 7^{1/2} Uhr
im groß. Saale des Friedr.-Wilhelm-Schützenhauses

Sonderveranstaltung für alle Mitglieder

Symphonie-Konzert Beethoven — Schubert

unter Mitwirkung von Frä. R. Bachhaus v. Stadttheat.
Symphoniekapelle, Dirigent Rudolf Schilbach.

Programme à 6 Mk. in den Zahlstellen u. Abendkasse. 6747

Café Kaiserhof

Dir.: H. Rudahl, Hell. Gaisgasse 43, Telefon 2481

Täglich:

Das allgemein beliebte „Orgon-Trio“ Rappo-Operetten-Duo

Rosel Rolando
Vortragskünstlerin

Holländer
Charakter-
komiker

6720

?? Rappo ??

Holländer-Duo

Anfang 8 Uhr
Angenehmer Familienaufenthalt
Besondere Weindiele

Cedania-Theater

Schüsseldamm 59/55 16755

Achtung! Ab Sonntag, den 11. Juni!
Erstaufführung für Groß-Danzig!

Der große original-amerik. Wild-West-Film

Vor den Flinten der Cowboys

In 5 großen Akten

und im Rahmen prachtvoller Naturaufnahmen im Urwald, den
weiten Steppen Amerikas und den zerklüfteten Bergen Kalifor-
niens spielen sich wilde Reiter Szenen der Original-Cowboys,
sensationaler Verfolgungen und stemberaubende Sensationen
ab. Keine gestellten Aufnahmen, sondern Original Wild-West

Der größte Groß-Film dieses Jahres

„Der müde Tod“

Ein Filmspiel in 6 Akten mit Lil Dagover

Eintrittspreise: 8.- bis 12.- Mk.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Linden-Kabarett

Altstadt, Graben 93, Direktion: Gust. Raach, Telefon 2908

Das einzig dastehende Juni-Programm:

Bella Gira die rasige Gausigs-Soubrette Asta Zander die beste Humoristin im Frack

Usedom & Kinn Karikatur-Duett, grotesk und komisch Ellen Garden Vortragskünstlerin mit Stimmungsweisen

A. R. Hennig der Zwitscherling, im Vert, gloriert und kooperiert Betty Parla Stimmliche Vortragskünstlerin

Gertrud Seebe Chansoniere und Zigeunerliederdarsängerin Paul König der beste hunte Komiker Deutschlands 6715

Ginnes A. R. Humorist und Satiriker

8 Herren Kapelle Chasman 8 Herren

von der großen Oper aus Kiew, bis zur Abreise nach Amerika, zum 5. Male prolongiert

Sommer-Varieté

Wintergarten

Am Oilvaer Tor Nr. 10.

Dir.: Frau E. v. Siamaty, Tel. 1925, Kapellmstr.: Hans Eldhorn.

Anfang 8 Uhr — Sonntags 7^{1/2} Uhr.

Das Schlager-Programm! 10 erstklassige Attraktionen!
Preis der Plätze von 5 Mk. an

Gastspiel Henrik Gautier

der beliebte schwedische Schulleiter auf seinem Vollblut „Admiral“
aus dem Gestüt des Gra'en Battyani.

Zioldorf Uipst! Das Unikum.

4 Eltners, eleganter akrobat. Urahtseil-Akt v. Wintergarten Berlin.

Regia, das musikalische Wunder. 6748

Nur noch einige Tage! Nur noch einige Tage!

7 Kajtons

vom Scala-Theater Berlin · Wunder der Akrobatik

Lichtbild-Theater

III. Damm 3. 6754

Apollo

Spielplan

vom 10. bis 13. Juni 1922

Sidi Coco, der Bauchredner

2. Teil: Das Verbrechen von La Rochelle
Großer italienischer Abenteuerfilm in 5 Akten.

Die Schatzkammer im See

Brillanten marder

Wild-West-Drama in 5 Akten.
Hauptrolle: Carl de Vogt.

Fahrräder.

noch preiswert
omplett mit Gummi und
Torped.-Griff. M 4200.—

Fahrradmäntel von M 185.—320., Schläuche von
M 80.—80., Pedale M 150., Ketten M 150., Glocken
von M 10 an; sowie alle Fahrradartikel billigst.

Bernstein & Comp., Danzig, Langgasse 50.

Franz Boss, Lederhandlung

Danzig, Holzmarkt 5, Telefon 1604
Langfuhr, Hauptstr. 124, Telefon 894

Großes Lager in Ober- u. Unterleder.
Täglich frischer Sohlen-Ausschnitt!

Ankauf von rohen Häuten und Fellern
zu höchsten Tagespreisen!

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue
Gebisse, Reparaturen in einem
Tage. Spezialität: Gebisse ohne
Platte. Gold-Kronen usw. unter
voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-
rechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. Pfefferstadt 71¹ Telef.
2621 Pfefferstadt 71¹ 2621

Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Robert Ehmann

Altstadischer Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anteriquung eleg. Herrengarderoben nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufge-
legenheit zu niedrigen Preisen. 16020

Krafau!

Schadwecker sucht für 10 Tage im Juli Unterkunft
in Krakau bei Heubude. Bin mit dem Einfachsten
zufrieden. Betten habe selbst. Angebote mit Preis
bei ganzer oder teilweiser Beköstigung an Pegg,
Danzig (Danziger Volksstimme), Am Spandhaus 6. (f)

Trotz dauernder Preissteigerung biete ich in
billigen Verkaufstagen
zu alt bekannt billigen Preisen
räumungshalber

folgende Waren an:
Anzüge 850.-, 975.-, 1200.-, 1400.- u. höher
Herren-Raglans 1250.-, 1400.-, 1500.-
Hosen 150.-, 200.-, 250.-, 300.-

Manchester- und feldgraue Anzüge und Hosen.
Jünglings- und Knaben-Anzüge. Leinen-Joppen.
Bevor Sie Ihren Bedarf decken, überführen Sie sich von den billigen Preisen!

Stein's Konfektions-Haus

nur 21 Hähnergasse 21.

Bitte genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Doßmann mit Bräut

bermischel bermischel
Golgigniff

doppelstark, geruchlos,
in Apotheken u. Drogerien

Gehr. Damen- u. Herren- Nähmaschinen

zu kaufen gesucht. Zahle
bis 5000 Mk. Wer mir
Nähmaschine nachweisen
kann, gebe ich 200 Mk.
Rahme a. nach auswärts.
Angebote unt. V. 565 an die
Exp. d. d. Zeitung. 1549